



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 13. Sitzung des Seniorenbeirates (S/013/2017)

am Montag, 16. Januar 2017,

09:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 4, 4. Etage, Raum 13,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 09:00 Uhr
Ende der Sitzung: 12:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender
Klaus Rentsch

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Karl-Heinz Kathert
Dr. Peter Müller
Siegfried Müßig
Dr. Fritz Michalczyk
Holger Zastrow

stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige

Gudrun Böhmig
Jürgen Dudeck
Jürgen Eckoldt
Monika Fiedler
Bernd Grützner
Klaus Kummer
Evelyn Müller
Dr. Stefan Ritter
Dr. Rotraut Sawatzki

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige

Dr. Sieglinde Hauffe
Gertraud Kasten
Gabriele Lohse

Verwaltung:

Frau Dr. Kaufmann	Bürgermeisterin GB 5
Frau Lohse	Sozialamt
Frau Mally	Sozialamt
Frau Fiedler	Sozialamt
Herr Glatzer	Stadtplanungsamt

Gäste:

Herr Schmidt	Alternative e. V.
Frau Haubold	Dresdner Pflege- und Betreuungsverein e. V.

Frau Klinger
Frau Klemm
Frau Göhe
Herr Leuthold
Herr Birndt
Herr Bendel
Herr Feske

Dresdner Pflege- und Betreuungsverein e. V.
SBZ BÜHLOWH
SBZ BÜHLOWH
Initiative „Rettet Dresdner Garagenhöfe“
Initiative „Rettet Dresdner Garagenhöfe“
ISOR e.
Fraktion DIE LINKE

Schriftführer/-in:

Frau Kinscher

Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Berichte aus den Geschäftsbereichen/sonstige Berichte/Themen
- 2 Kontrolle der Festlegungen
- 3 Vorlagen Stadtrat
- 3.1 Einrichtung einer Wohnberatungsstelle für alters- und behindertengerechtes Wohnen **A0250/16
beratend**
- 4 Erstellung eines neuen Wohnkonzeptes für die Landeshauptstadt Dresden: Zielstellung, Gliederungsentwurf und geplantes Vorgehen
- 5 Leben in Dresden - Ältere Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund
- 6 Vorbereitung Seniorenkonferenz 2017
- 7 Obdachlose in Dresden
- 8 Auswertung der Arbeit des Seniorenbeirates 2016
- 9 Informationen/Sonstiges

Nicht öffentlich

- 10 Informationen/Sonstiges

öffentlich

Einleitung:

Der Vorsitzende, **Herr Stadtrat Rentsch**, eröffnet die 13. Sitzung des Seniorenbeirates. Die Ladung erfolgte form- und fristgerecht. Beschlussfähigkeit ist hergestellt.

Die Teilnahme von Herrn Oberbürgermeister Hilbert zu TOP 1 wurde abgesagt und eine Teilnahme für die Sitzung im März 2017 geplant.

Die Tagesordnung ändert sich wie folgt:

- TOP 5 – gestrichen
- TOP 8 wird auf TOP 5 vorgezogen.

Herr Dr. Müller bittet um Informationen zur Vorlage „Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft“ unter TOP Sonstiges.

Die Mitglieder stimmen der Änderung und Ergänzung zu.

1 Berichte aus den Geschäftsbereichen/sonstige Berichte/Themen

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann stellt die Beratungsfolge von Vorlagen und Anträgen allgemein dar. Des Weiteren gibt sie Informationen zur Vorlage V 1441/16 „Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft GmbH & Co. KG“. Ihr Kenntnisstand sei, dass die Politik, anders als die Verwaltung ursprünglich geplant, die Beratungsfolge stark verkürzen wollte, um in den Gründungsprozess schneller einzusteigen und erklärt ausführlich. Es werde eine GmbH & Co. KG gegründet, die es schnellstmöglich der Stadt Dresden ermöglichen soll, wieder in den kommunalen Wohnungsbau einzusteigen und damit sei die Vorlage nicht zwingend im Seniorenbeirat fachlich zu behandeln. Inhaltlich viel spannender für den Seniorenbeirat ist die Vorlage zu den Standards des kommunalen und sozialen Wohnungsbaus, diese sei aber noch nicht im Geschäftsgang. Die Unternehmensform, GmbH & Co. KG, wurde vorgeschlagen, um aus steuerrechtlicher Perspektive so gering wie mögliche Kosten für die Neugründung und für die ersten Jahre des Bestehens zu gewährleisten und erläutert dies umfänglich. Die Stadt Dresden bringe 1 Million Euro in das Unternehmen ein, davon werde die GmbH und KG gegründet. Die GmbH-Gründung koste 25 000 Euro, für diesen Betrag hafte die Stadt und die KG-Gründung 15 000 Euro. Aktuell seien 12 Grundstücke in Rede stehend. Die Stadtverwaltung ist gefordert, weitere kommunale Grundstücke in der Stadt zu suchen, aktuell die STESAD. Sie führt aus, dass innerhalb eines Lenkungsteams, welches die Vorlage bei der Entstehung begleitet hat, sehr konkret dargestellt wurde, in welchen Segmenten die Kommune intervenieren müsse. Hier sei die Stadt insbesondere gefordert, sehr kleine als auch sehr große Wohnungen in der Gesamtstadt zu errichten. Es werde kein quartiersprägendes Agieren sein, sondern eine Streuung von Investitionen im gesamtstädtischen Bereich. Im Herbst werden Notartermin und Registereintrag erwartet. Man rechne damit, dass im III. Quartal 2017 der Gründungsprozess abgeschlossen ist. Die Planungen und baulichen Realisierungen führe man parallel. Die ersten Investitionen werden für das III. Quartal 2018, d. h. einzugsfertige Übergabe, geplant.

Herr Müßig fragt, ob an eine Preisbindung gedacht wurde.

Die Frage bejaht **Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann**. Für den kommunalen Wohnungsbau werde das Landesförderprogramm des Freistaates Sachsen genutzt, welches zwingend Obergrenzen für Baukosten vorschreibt und gesichert sein müsse, dass die Investitionen mit Fördergeldern auch Personen zugute kommen, die einkommensschwächer sind. Das bedeute, ausschließlich für einkommensschwächere Haushalte werden diese Wohnungen aufbereitet. Sie fragt Frau Mally, ob sie den Mietpreis kenne.

Frau Mally antwortet, so pauschal könne man dies nicht sagen und erläutert.

Planziel sei, einen Mietpreis unter 7 Euro pro Quadratmeter im Neubau anzubieten, fügt **Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann** hinzu.

Frau Dr. Sawatzki weist auf die Veröffentlichung einer Studie „Ergebnisse der Untersuchung zur Bezahlbarkeit des Wohnens in Sachsen“ teilweise mit einem Mietpreis von 5,60 Euro pro Quadratmeter hin. Dies könne im Internet unter www.vswg/alter-leben.vswg.de nachgelesen werden.

Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann fügt hinzu, Genossenschaften, die im Bestand vermieten, können eine andere Miete anbieten als Wohnungsbaugenossenschaften, die im Neubau tätig werden. Aktuell sind die Neubaukosten in der Stadt Dresden bei den Genossenschaften zwischen 9,50 EUR und 11,00 Euro, also weit oberhalb des Satzes, den sich einkommensschwächere Haushalte leisten können. Genau dies sei der Punkt, auf welchen auch das Landesförderprogramm hinarbeite. Dies könne nicht nur von der neu zugründenden kommunalen Wohnungsbaugesellschaft, sondern auch von anderen Genossenschaften, privaten Investoren und anderen Akteuren genutzt werden.

Herrn Kathert interessiere, wie die Vergabe der Wohnungen erfolgen soll.

An der Antwort werde noch im Detail gearbeitet, antwortet **Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann**. Jeder nachweisbare einkommensschwache Haushalt könne diese Wohnungen nutzen. Das neu zu schaffende Angebot sei weit aus geringer, als die Nachfrage, deshalb müsse intern nach Lösungen für eine faire Entscheidung gesucht werden.

Herr Dr. Müller komme zum Ausgangspunkt zurück und fragt, wann der Seniorenbeirat einbezogen werden soll. Es gehe den Senioren nicht nur um Standards, sondern auch um eine gewisse Wohnformenvielfalt und vergleiche z. B. mit dem Unternehmen Stadtbau Hamburg, dort sei eine Wohnpflegeberatungsstelle, -begleitungsstelle mit dabei und fragt, ob dies langfristig mit vorgesehen sei.

Bei den sozial- und wohnungsbaulichen Standards werde das Votum des Seniorenbeirates ganz wichtig sein, antwortet **Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann**. Diese Vorlage erreiche im Februar 2017 die einzelnen Fachgremien, so auch den Seniorenbeirat. Dabei gehe es hauptsächlich um die Verteilung von Wohnungsgrößen, aber auch von Raumzuschnitten und Standards wie Balkone, Barrierefreiheit, -armut. Aktuell sei nicht vorgesehen, Pflege- oder Wohnberatung gedanklich an das kommunale neu zu gründende Wohnungsunternehmen anzudocken. Sie gebe Herrn Dr. Müller recht, zum Thema Wohnen in der Zukunft müsse sensibler herangegangen werden.

Frau Müller sehe ein Problem zwischen der Trennung der beiden Vorlagen. Ihre Sorge sei, dass die notwendigen Standards wegfallen, weil der Bauvorgang bereits geplant ist.

Die Angst könne **Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann** ihr nehmen. Die Ausführungsplanung liege zeitlich hinter den Vorplanungen, in denen man sich aktuell befinde. Bei den beiden Vorlagen habe die Verwaltung ursprünglich parallel gedacht und diese bearbeitet. Die Verwaltung habe die Erkenntnisse, die über Jahre zusammen getragen wurden, genutzt, um grundlegende Aussagen schon den zu planenden Kollegen aus der STESAD beizugeben. Es ist schon mitgedacht, aber die konkrete Planung liege noch in der Zukunft und werde gesichert beispielsweise mit den Voten des Seniorenbeirates in die Investitionen fließen.

Herr Grützner stellt die Frage, ob bei der Deckelung, um die Fördermöglichkeiten auszunutzen, nicht etwas knapp bemessen wurde, wenn man auch behindertengerechte Wohnungen mitnimmt? Diese seien ja etwas kostenaufwendiger.

Dort gebe es Sonderregelungen, weil die Raumbedarfe anders sind als bei normalen Wohnungen, äußert **Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann**.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Stadtrat Rentsch** schließt den Tagesordnungspunkt ab. Er weist darauf hin, die Vorlage könne unter www.dresden.de nachgelesen werden.

2 Kontrolle der Festlegungen

Keine offenen Festlegungen.

3 Vorlagen Stadtrat

3.1 Einrichtung einer Wohnberatungsstelle für alters- und behindertengerechtes Wohnen

**A0250/16
beratend**

Herr Feske stellt den Antrag der Fraktion DIE LINKE. ausführlich vor.

Frau Dr. Sawatzki sei nach wie vor der Meinung, in einer so großen Stadt müsse sozialräumlich gedacht bzw. gehandelt werden. Eine zentrale Beratungsstelle sehr schwierig zu händeln. Ihr Grundanliegen ist eine Festlegung im Konzept bzw. Rahmenbedingungen mit einem Schulungsprogramm. Sie persönlich würde eine zentrale Beratungsstelle nicht unterstützen wollen.

Etwas anderer Meinung sei **Herr Dudeck**. Seine Erfahrung ist, die dezentralen Beratungsstellen sind gut, wenn jemand in dem Wohngebiet bleiben will, wenn dieser wechselt, gebe es Informationsverluste. Dezentrale Beratungsstellen seien sehr mit Einzelfällen beschäftigt und grundlegende Dinge gehen unter. Er beziehe sich auf die Auskunft von Herrn Schmidt-Lamontain in einer Sitzung des Seniorenbeirates, dies bis Ende 2016 zu schaffen. Die Aussage, laut dem vorliegenden Antrag, ab Januar 2017 sei ihm zu schwammig. Im Punkt 3 des Antrages müsse „als Anlaufstelle für Senioren....“ mit aufgenommen werden.

Bei der zunehmenden Alterung und Pflege werde mehr denn je eine zugehende Beratung gebraucht, die durch eine zentrale Beratungsstelle nicht gewährleistet ist, ergänzt **Frau Dr. Sawatzki**.

Herr Dr. Müller bemängelt, dass in der letzten Beiratssitzung der Antrag nicht vertreten und somit nicht behandelt werden konnte. Er fragt, wie aktuell eigentlich dieser noch sei, denn im Haushaltsplan wurden bereits 150 000 Euro eingestellt für eine zentrale Wohnberatung, da sei doch alles erreicht. Müsse trotzdem dieser Antrag noch weiter behandelt werden? Ihn interessiere, ob inhaltlich der Fachplan Seniorenarbeit und Altenhilfe von 2012 gemeint sei.

Es handelt sich um den Fachplan Seniorenarbeit und Altenhilfe von 2010, antwortet **Herr Feske**.

Frau Lohse, Sozialamt, erwidert, dieser Fachplan sei 2008 – 2010 erstellt, im Stadtrat 2011 beschlossen worden und seit dem ist dieser wirksam.

Die Vielfalt der Wohnformen vermisse **Herr Dr. Müller** in dem Antrag und er stellt die Frage, ob bei der Erarbeitung des Antrages Akteure mit einbezogen worden. Er habe es so verstanden, Anlauf- bzw. Informationsstelle zu sein, dies wolle doch die Verwaltung auch. Für ihn gehöre dies zusammen.

Herr Feske könne nur begrenzt darauf eingehen. Wichtig sei ihm, auf den Altenhilfeplan hinzuweisen, weil dort zitiert wurde, dass es 1999 diese zentrale Wohnberatung gab. Er führt aus, es gebe offensichtlich unterschiedliche Anforderungen an so eine Beratungsstelle, äußert sich zum Haushaltsbeschluss und er glaubt nicht, dass dieser Antrag überholt ist, sondern er konkretisiert eine ganz bestimmte Vorstellung einer Wohnberatungsstelle. Er gehe davon aus, dass eine Verständigung mit Betroffenen stattgefunden hat.

Der Antrag als solches, ist aus Sicht des Geschäftsbereiches dahingehend wertvoll, dass er einfach die bestehende Beschlusslage konkretisiere, fügt **Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann** hinzu. Bereits im Jahr 2015 gab es in einer Beschlussvorlage genau den Auftrag, eine Wohnberatung/ein Konzept zu entwickeln. Aktuell habe man durch diesen Antrag noch einmal eine ganz wichtige Wegweisung erhalten. Fakt ist, dass die Verwaltung in sehr engem Kontakt zu den Wohnberatungsstellen stehe. Die Stadt verfüge über 11 dezentrale Stellen. Die zentrale Wohnberatungsstelle wäre z. B. eine zentrale Anlaufstelle für Probleme, die vor Ort in den dezentralen Einrichtungen nicht lösbar sind und versucht, Antworten und Lösungsvorschläge zu erarbeiten und qualifiziert damit auch die Beratungskompetenz im Sozialraum. Die Verwaltung denke, dass Leipzig und Dresden von der Struktur des Wohnungsmarktes unterschiedlich sei, so dass ein eigener Dresdner Weg beschritten werden müsse. Die Verwaltung finde diesen Antrag richtig und wichtig. Mit dem Haushaltbeschluss 2017/2018 sind die Gelder im Haushalt zur Verfügung gestellt worden. Sie denke, dass genau diese zentrale Wohnberatungsstelle dies leisten muss, auch wissend, dass im Rahmen des Pflegestärkungsgesetzes immer mehr Menschen zu Hause ihren Lebensabend verbringen werden. Ein Punkt dieser Wohnberatungsstelle sei die Vielfalt, die es heute bereits in Dresden gibt, an diesen Angeboten zu ermitteln, aber eben auch diese Bedarfslagen, die sich daraus ergeben.

Herr Dudeck äußert, am 20. Oktober 2016 wurde der Arbeitsgruppe „Senioren und Behinderte“ die Konzeption der Stadtverwaltung vorgestellt. Dort sei diese zentrale Anlaufstelle aus seiner

Sicht nur als Koordinierungsstelle gedacht, das ist keine Änderung. Er bringe den Vergleich mit Westfalen und erläutere dies. In Dresden wäre es sinnvoll wie in der Stadt Leipzig.

Frau Fiedler spreche dafür, dass es zusätzlich eine zentrale Stelle als Leitstelle im Interesse der sozialräumlichen Betreuung in Dresden gibt, die gewisse Dinge zusammenfasst. Die Stadt habe sehr unterschiedliche Sozialräume und erläutere umfangreich.

Herr Dr. Ritter sei auch für sowohl zentral als auch dezentral, dort sind die Spitzenfachleute, die das Ganze in der Hand haben und fachlich alles beraten können, was an Anfragen kommt. Jedoch glaube er nicht, dass die Personalkosten von 150 000 Euro pro Jahr dafür ausreichen.

Wünschenswert, so bemerkt **Herr Dr. Müller**, wäre gewesen, sich mit den Akteuren, Stadt AG und Seniorenbeirat vorher zusammen zu schließen, weil das Votum dort ziemlich eindeutig für zentrale und dezentrale Beratungsstellen war. Die Leipziger Erfahrungen seien sehr wertvoll. Eine zentrale Beratungsstelle sei auch zentrale Ausstellungsstelle, dies funktioniere nicht in jedem Ortsamt. Er sei sich noch nicht sicher, wie man mit diesem Antrag in dieser Situation umgehen sollte. Textlich müsse dieser um weitere Wohnformen erweitert werden.

Herr Stadtrat Rentsch bittet die Mitglieder, eine Entscheidung bezüglich des Antrages zu treffen und teilt die Voten der Fachgremien mit. Ein gewünschter Änderungsantrag müsse jetzt gestellt werden.

Herr Feske informiert über den Änderungsantrag des Beirates für Menschen mit Behinderungen, welcher das Anliegen des Seniorenbeirates beinhalte. Abschließend fügt er hinzu, der Antrag sei keine Absage an dezentrale Angebote. Es gehe darum, zentrales Angebot zu stärken und zu konkretisieren, in welche Richtung es arbeitet. Wie dies formal passiert, könne er allerdings nicht sagen, glaube aber, dass dieser Antrag sehr hilfreich sei.

Frau Dr. Sawatzki irritiere die Bezeichnung „Wohnberatungsstelle“. Überzeugt haben sie die von Frau Dr. Kaufmann dargelegten Intensionen zu den Aufgaben und der Bedeutung dieser „Stelle“. Sie könne zustimmen, wenn man dafür die Bezeichnung „Zentrale Leitstelle für alters- und behindertengerechtes Wohnen“ wähle.

Herr Dudeck äußert sich zum Punkt 3 des Antrages. Eingefügt werden müsse im ersten Satz“als Anlaufstelle...“.

Herr Dr. Müller schlage vor, diesen Punkt wie in der Empfehlung des Beirates für Menschen mit Behinderungen zu formulieren mit der Ergänzung zu unterschiedlichen Wohnformen.

Herr Stadtrat Rentsch bittet um Abstimmung des Änderungsantrages.

Die Mitglieder stimmen die vorgeschlagenen Änderungen von Herrn Dudeck mit 9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen 5 Enthaltungen ab.

Dem Änderungsvorschlag von Herrn Dr. Müller stimmen die Mitglieder mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

Dem so geänderten Antrag stimmen die Mitglieder mit 14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 0 Enthaltungen zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung

Ja 14 Nein 1 Enthaltung 0

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Stadtrat Rentsch** beendet den Tagesordnungspunkt.

4 Erstellung eines neuen Wohnkonzeptes für die Landeshauptstadt Dresden: Zielstellung, Gliederungsentwurf und geplantes Vorgehen

Frau Mally erläutert das Thema anhand einer Präsentation wie folgt:

- Werdegang des Wohnkonzeptes/Rahmenkonzeptes Wohnen in Dresden
- Anforderungen an die Überarbeitung des Wohnkonzeptes
- Geplantes Vorgehen
- Wozu dient ein Wohnkonzept?
- Grundaufbau des Dresdner Wohnkonzeptes
- Wohnungsmarktanalyse
- Allgemeine Zielstellung des Dresdner Wohnkonzeptes
- Teilziele nach Bedarfsgruppen
- Handlungsfelder des Dresdner Wohnkonzeptes
- Struktur des Wohnkonzeptes.

Herr Dr. Müller fügt hinzu, das Anliegen sei zu unterstützen. Er mache darauf aufmerksam, gerade im Stadtplanungsamt, mit Herrn Hermann, habe man gute Erfahrungen im Bereich Behinderten und er wünsche sich dies auch für den Bereich Senioren.

Bei der Folie 8 „Allgemeine Zielstellung des Dresdner Wohnkonzeptes“ gehe es um die Sicherung der Wohnungsversorgung für besondere Bedarfsgruppen, führt **Frau Dr. Sawatzki** aus und bittet, Sicherung, Beratung und Wohnungsversorgung zu ergänzen. Das Gleiche würde auch auf der Folie 14 zutreffen.

Frau Mally fügt hinzu, dies sei definitiv so mitgedacht, findet sich so wieder.

Herr Stadtrat Rentsch bittet um Abstimmung zum Änderungsvorschlag von Frau Dr. Sawatzki.

Die Mitglieder stimmen einstimmig (15 Ja-Stimmen) zu., es gibt keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Stadtrat Rentsch** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

5 Leben in Dresden - Ältere Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund

Wird verschoben auf die nächste Sitzung.

6 Vorbereitung Seniorenkonferenz 2017

Frau Lohse, Amt 50, erläutert nochmals, per Stadtratsbeschluss sei alle 2 Jahre eine Seniorenkonferenz durchzuführen, die letzte habe im Jahr 2015 stattgefunden. Sie teilt mit, am 17. und 18. Mai 2017 die Seniorenkonferenz in der Johannstadthalle als zwei geteilte Veranstaltung durchzuführen. Der 1. Veranstaltungstag solle den Senioren/Seniorinnen bzw. Vertretungen gewidmet werden, der 2. Tag den professionell Tätigen und Ehrenamtlichen und erläutert ausführlich. Die Meinung des Seniorenbeirates sei nun wichtig.

Frau Dr. Sawatzki finde den 1. Veranstaltungstag sehr wichtig, aber auch schwierig von der Gestaltung her.

Das Thema Selbsthilfe ist interessant und müsse motiviert werden, ergänzt **Herr Dudeck**.

Herr Kathert fragt, ob der Termin definitiv bestimmt sei und die Frage wird von **Frau Lohse, Amt 50**, bejaht.

Frau Dr. Sawatzki schlage vor, dass die Mitglieder weitere Vorschläge schriftlich Frau Lohse, Amt 50, zukommen lassen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Stadtrat Rentsch** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

7 Obdachlose in Dresden

Frau Fiedler informiert anhand einer Präsentation zum Thema wie folgt:

- Begriffe
- Gründe für Wohnungslosigkeit
- Zahl untergebrachter wohnungsloser Menschen
- Altersverteilung der Untergebrachten
- Ältere wohnungslose Menschen
- Multiple Hemmnisse älterer Wohnungsloser
- Hilfebedarfe eines Wohnungslosen
- Akteure der Wohnungsnotfallhilfe
- Maßnahmen der Wohnungsnotfallhilfe
- Aktuelle Unterbringungssituation
- Unterbringungsmöglichkeiten für ältere wohnungslose Menschen in Dresden.

Herr Dr. Michalczyk bittet um Übergabe der Präsentation an die Mitglieder und fragt wie viele Wohnungslose über 65 Jahre es heute in Dresden gibt und wie viele Flüchtlinge derzeit in Dresden obdachlos seien.

Ca. 15 Personen, antwortet **Frau Fiedler** und zu den Flüchtlingen sagt sie, im Prinzip gebe es keine Obdachlosen, es werden alle untergebracht.

Herr Dudeck fragt, wenn ältere Menschen eine Wohnung erhalten haben, ob sie von Sozialarbeitern begleitet werden.

Es gebe zum einen diese sozialpädagogische Intervention, die findet auch in Gewährleistungswohnungen statt, antwortet **Frau Fiedler** und zum anderen das ambulant betreute Wohnen, das sei eine sozialpädagogische Begleitung auch für Menschen ab 65 Jahre.

Herr Dr. Müller bittet um Auskunft, wie die Lebenserwartung der wohnungslosen Menschen in Dresden ist. Des Weiteren interessiere ihn, welche Ursachen dazu führten, dass 12 Personen über 65 Jahre in Dresden ihre Wohnungen verloren haben.

Frau Fiedler reicht die Antworten schriftlich nach.

Frau Böhmig fragt, welche Rolle die Heilsarmee in Dresden zur Unterstützung von Wohnungslosen spiele, ob es in Dresden ehrenamtliche Ärzte wie in Hamburg gebe, die Sprechzeiten für Obdachlose anbieten und wie der Stand der Einrichtung von Plätzen für Obdachlose mit Hund im Wohnungslosenheim am Emerich-Ambros-Ufer sei.

Die Heilsarmee betreibe auf der Mathildenstraße ein Übergangwohnheim für Wohnungslose unter 27 Jahre und beschäftigt einen Streetworker für Wohnungslose, antwortet **Frau Fiedler**. Zur Frage zu den Ärzten sagt sie aus, da müsse man differenzieren. Hamburg habe über 5000 Wohnungslose und einen hohen Anteil von EU-Bürgern, da sei es rechtlich schwierig, diese unterzubringen. In Dresden sei das Problem dadurch einfach nicht so groß, weil alle im Übergangwohnheim untergebracht werden können, medizinische Hilfe erhalten und bei Bedarf von Sozialarbeitern begleitet werden. Im Wohnungslosenheim am Emerich-Ambros-Ufer können Wohnungslose mit Hunden untergebracht werden, es wurden 2 Hundezwinger gebaut.

Herr Dr. Michalczyk fragt nach einer Dunkelziffer von Obdachlosen in Dresden, die sich nicht melden.

Mit einer Schätzung würde sich **Frau Fiedler** zurück halten wollen.

Herr Grützner äußert, es seien erhebliche finanzielle Mittel, die verwendet werden und möchte wissen, ob dies nur städtische Mittel sind oder auch Mittel vom Land.

Es gebe ein Bundesprogramm (Europäischer Hilfsfonds für die am meisten benachteiligten Personen), darüber werden der Stadt 2 Projekte finanziert, der Rest sind kommunale Mittel. Für die Übergangwohnheime für Wohnungslose werden über 3 Millionen Euro im Jahr ausgegeben, die sozialpädagogische Intervention liege so bei ca. 450 T Euro und die Wohnungslosenberatungsstellen bei ca. 200 T Euro.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Stadtrat Rentsch** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

8 Auswertung der Arbeit des Seniorenbeirates 2016

Herr Stadtrat Rentsch berichtet über die Arbeit des Seniorenbeirates im vergangenen Jahr. Höhepunkte seien die Besuche der Bürgermeister im Beirat gewesen. Für die weitere Arbeit sehe er aus seiner Sicht folgende Erfordernisse: Die Einschätzung der bisherigen Umsetzung des Expertenstandards Entlassungsmanagement sollte weiter konsequent fortgesetzt werden, der Überleitungsbogen müsse endlich Realität werden.

Frau Dr. Sawatzki fügt hinzu, dieser liege immer noch in Papierform vor und sie regt an, der Überleitungsbogen müsste ins Internet eingepflegt werden.

Deswegen sei ein Gespräch mit dem Verwaltungsdirektor der städtischen Kliniken sehr wichtig, ergänzt **Herr Stadtrat Rentsch**. Ebenso fortgesetzt werden sollte beispielsweise der Erfahrungsaustausch mit der Cultus GmbH. Die Einbeziehung weiterer Akteure aus den ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen, aus den Ärzteschaften und den Apotheken seien weiter anzustreben. Der Seniorenbeirat sehe weiterhin seine Mitverantwortung bei der Fortschreibung des Fachplanes für Seniorenarbeit und Altenpflege. Die eigene Arbeit des Seniorenbeirates sei stärker zu entwickeln und kritisch zu hinterfragen. Die Verwaltung und der Stadtrat müsse mehr sensibilisiert werden, dass alle die Seniorenpolitik tangierenden Vorlagen und Anträge im Seniorenbeirat behandelt werden.

Herr Kummer wünsche sich eine Verstärkung in der AG Mobilität. Das Thema Fußverkehr erläutere er, solle in die Öffentlichkeit breiter gebracht werden. Des Weiteren informiert er zum Verkehrsentwicklungsplan 2025+, in dem das Thema Fußverkehr einen hohen Stellenwert bekommen habe. Man setze natürlich nun auf den Bürgermeister Stadtentwicklung, Bau und Verkehr, er habe eine größere Offenheit auch in der Beteiligung von außen. Ein Gespräch mit der DVB AG werde geplant, um dort einige Probleme nahezubringen.

Frau Dr. Sawatzki ergänzt, auch die Arbeit der Arbeitsgruppen sei zu benennen und in den Bericht mit aufzunehmen. So auch die einzelnen Mitglieder, die die Interessen des Seniorenbeirates in anderen Vereinen und Verbänden vertreten und erläutert an Beispielen. Für sehr wichtig halte sie auch die Zusammenarbeit mit anderen Vereinen.

Herr Dr. Müller informiert ausführlich über die Schwerpunkte der Arbeit der Arbeitsgruppe Wohnen und Wohnberatung. Inhaltlich konzentrierte man sich im Jahr 2016 sehr stark auf das Thema Wohnberatung. Wünschenswert wäre eine bessere Zusammenarbeit mit der Verwaltung. Ein weiterer Schwerpunkt sei u. a. das Wohnkonzept, die zur Kenntnisnahme der Lebensbedürfnisse von Senioren sowohl im Stadtrat wie auch in der Verwaltung und die Seniorenselbsthilfe. Eine feste Anlaufstelle im Rathaus wäre sinnvoll.

Zum Thema Nachbarschafts- und Quartiersentwicklung äußert sich **Herr Dudeck**. Enttäuschend sei, dass Angebote oft nicht angenommen werden, wie z. B. die Notfallmappe.

Herr Eckoldt gibt einen kurzen Einblick in die Arbeit der Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit. Diese sei z. B. im Redaktionsbeirat für den Seniorenveranstaltungskalender 50+ vertreten. Es werde nach einem neuen Mitglied in dieser Arbeitsgruppe gesucht, da Herr Pallas zurückgetreten sei.

Frau Müller knüpfe an die Ausführungen von Frau Dr. Sawatzki an. Es wäre gut, in die Berichterstattung mit aufzunehmen, der Seniorenbeirat arbeite immer wieder mit der Theorie und Praxis gemeinsam. Sie weise darauf hin, dass diese Arbeitsweise auch weiterhin erhalten bleibe.

Erinnern möchte **Herr Dr. Müller** an die Konsultation mit dem Seniorenbeirat aus Erfurt. Darauf bezogen sich seine Gedanken zu dieser Anlaufstelle im Rathaus. Die Praxis, das sehe er anders als Frau Müller, sei das Leben der Senioren. Es bestehe ein Seniorenbeirat, kein Altenhilfebeirat, das sei ein Unterschied.

Herr Kummer ergänzt, zu den Mobilitätsthemen und Fußverkehr werde es im März 2017 eine nächste Veranstaltung geben. Zum Thema Anlaufstelle im Rathaus schlage er ein weiteres Gespräch mit Herrn Dr. Blocher vor. Des Weiteren fragt er, wie der Seniorenbeirat eigentlich den Stadtrat berate, wie dies funktioniere und ob der Beirat dort überhaupt gefragt sei. In die Runde fragt er, wo eigentlich der Beirat aktiv im Handeln sei und wünsche sich mehr Unterstützung.

Herrn Dr. Ritter gehe es darum, wie Senioren in die gesamte politische Entwicklung beachtet bzw. einbezogen werden. Er sei auch der Meinung, dass die Arbeit der Ehrenamtlichen zu wenig anerkannt werde und erläutere ausführlich.

Seine Erfahrung sei, wenn gesetzlich nicht vorgeschrieben, werde der Seniorenbeirat kaum angehört, fügt **Herr Dudeck** hinzu. Er habe auch den Eindruck, Ehrenamtliche werden öfters als unbequem gesehen und könne nur ermutigen, aktiv zu werden.

Bildung sei ein Thema, welches immer zu kurz gekommen sei, erklärt **Frau Dr. Sawatzki**. Zum Bildungsbeirat äußert sie, es sei nicht gelungen, dass ein Mitglied des Seniorenbeirates im Bildungsbeirat mitarbeite. Von der Volkshochschule werden an den Standorten Gorbitz, Johannstadt, Seidnitz Sprechstunden zur Bildungsberatung auch für Seniorenbildung angeboten. Frau Dr. Kaufmann teilte in einem Gespräch mit, dass das Thema Bildung in Kitas und bei Senioren ihr sehr wichtig sei.

Frau Müller erinnere an den Termin vom 4. Juni 2016 bei der Sächsischen Ausbildungs- und Erprobungskanäle (SAEK). Dieser Verein sei sehr an den Themen des Seniorenbeirates interessiert.

Herr Dr. Ritter habe bereits seine Bereitschaft zur Teilnahme am Bildungsbeirat bekundet und informiert über die ehrenamtliche Arbeit bei der Seniorenakademie, dort passiere schon etwas im Bereich Bildung.

Er erkenne dies vollkommen an, fügt **Herr Stadtrat Rentsch** hinzu. Aber bei der Arbeit im Seniorenbeirat müsse man stärker nach außen arbeiten. Als Erfolg erwähne er z. B. das Seniorenbegegnungszentrum Prager Zeile. Auch die Fraktionen leisten in der Hinsicht relativ wenig, Senioren haben in Dresden nicht die nötige Lobby. Im Bildungsbeirat habe er die Mitarbeit von Herrn Dr. Ritter mehrmals angesprochen. Dieses Thema schlage er vor, wenn der Oberbürgermeister den Seniorenbeirat besucht.

Herr Dr. Müller stellt die Frage, ob es weitere Anfragen aus der Bevölkerung an den Seniorenbeirat gegeben habe. Er erinnere sich an eine Anfrage zur Prager Zeile. Für ihn entsteht die Frage, wo die fachliche Grundlage seitens des Sozialsamtes sei, wie ist die Situation. Er plädiere dafür, bei diesen schwerwiegenden Anfragen sich untereinander zu verständigen.

Weitere Anfragen sind **Herrn Stadtrat Rentsch** nicht bekannt und er habe immer im Interesse des Seniorenbeirates gehandelt und erläutere die Anfrage zur Seniorenbegegnungszentrum Prager Zeile.

Herr Dudeck fühlte sich auch nicht ernst genommen, als er dem Seniorenbegegnungszentrum einen Besuch abstattete.

Frau Fiedler informiert über eine Einladung bei der DVB AG zur Vorstellung der neuen Fahrkartenautomaten, sie empfinde, dort werden die Seniorenbeiratsmitglieder hin und wieder angesprochen, es passiere etwas.

Herr Dr. Müller fügt abschließend hinzu, es wäre wichtig, solche Termine in die Runde zu geben.

Für die lebendige Diskussion dankt **Herr Stadtrat Rentsch**, auch für Kritik. Der Antrag von Herrn Dr. Ritter zur „Magdeburger Erklärung“ sei mit Frau Dr. Sawatzki und Frau Lohse diskutiert worden, inhaltlich ist der Seniorenbeirat nicht zuständig.

Herr Dr. Ritter kritisiert, es wurden 8 Anfragen an Landtagsabgeordnete aller Fraktionen gemeinsam mit Chemnitzer Kollegen gestellt, diese wurden nicht gelesen und nicht diskutiert und er finde dies als große Missachtung gegenüber Senioren.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Stadtrat Rentsch** beendet den Tagesordnungspunkt.

9 Informationen/Sonstiges

Herr Stadtrat Rentsch informiert u. a. über den Erfahrungsaustausch mit der Stadt Erfurt sowie eine Einladung nach Frankfurt am Main vom 29.5.17 – 1.6.17 zum Besuch einer Begegnungsstätte.

Frau Dr. Sawatzki informiert über folgenden Termin:

- 8.2.17: Fachtagung „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Politik in einer älter werdenden Gesellschaft“ der Landesseniorenvertretung Sachsen im Haus an der Kreuzkirche.

Herr Dudeck nimmt daran teil. Des Weiteren informiert er:

- 28.1.17: „Mehrgenerationenarbeit in der Seniorenarbeit“ ist Thema beim Werkstatttag in der Dreikönigskirche.

Frau Lohse, Amt 50, bringt ein, dass ein Seniorentelefon geschaltet werde in den täglichen Sprechzeiten Dienstag und Donnerstag von 8 -12 Uh und 14 – 18 Uhr. Die Nummer 4 88 48 00 ist bereits wählbar. Des Weiteren fügt sie hinzu, dass noch kein bestätigter Haushalt für die Seniorenarbeit und Altenhilfe vorliege. Außerdem informiert sie über die Änderung einer gesetzlichen Grundlage (Leistungserweiterung des § 71) und wolle dies in der nächsten Beiratssitzung näher vorstellen.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Stadtrat Rentsch** beendet die 13. Sitzung des Seniorenbeirates.

Klaus Rentsch
Vorsitzender

Kerstin Kinscher
Schriftführerin

Monika Fiedler
Mitglied

Dr. Fritz Michalczyk
Mitglied